

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ercheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat: 0.40 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr. Zeitung:

Anzeigen werden die sechsgespaltene am hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen setzen pro Zeile 40 Pf. Bei Anzeigen mit Photographie und Beleglieferung ausgeschlossen. Anzeigengebühren für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung werden bilig für die Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden bilig berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 122

Dienstag, den 11. Oktober 1932

25. Jahrgang.

Staatsgericht prüft Preußenklage

Aufteilung des Verhandlungsstoffes — Zunächst soll die Hauptfrage geklärt werden

Sparassen-Neuordnung

— Berlin, 11. Oktober.

Durch preussische Verordnung vom 20. Juli 1932 wurde der Einfluss an den fünften Teil der Sparassensatzung vom Oktober 1931 dem Sparassensatzung neu geregelt. Die Sparassensatzung geht zurück auf die Erschütterung des deutschen Sparassensatzungslebens durch die Inflationskrisis des Jahres 1931. Sie ist dabei aber zu beachten, dass diese Krise für die Sparassensatzung keine Verluste sondern durch eine Vertrauens- und Kreditkrise gewesen ist. Verluste haben die Sparassensatzung und ihre Mitglieder nicht erlitten und haben sie auch nach menschlichem Ermessen nicht zu befürchten, weil die Anlagen zu einem erheblichen Teil aus erhaltungsbedürftigen Realwerten bestehen.

Auf die Krise im Sommer 1931 soll hier nicht mehr näher eingegangen werden. Erwähnt sei nur, dass man vielfach die Ansicht vertritt, dass die Vertrauenskrise bei den Sparassensatzungen bei richtiger Erkenntnis der Lage durch die staatliche Wirtschaftspolitik hätte verhindert werden können, zumal ja die Vermögenslage der Sparassensatzungen sich als gesund und krisenfest erwiesen hat.

Mus nun die Neuordnung der preussischen Sparassensatzungen erfolgt ist unter dem Gesichtspunkt: „Was von den Gemeinden?“ Nebenliche Erwägungen beherzigen bereits die Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931, nach mehr aber die bereits erwähnte preussische Verordnung. Das Ziel der Neuordnung ist die Vervollständigung der Sparassensatzungen. In Zukunft werden die preussischen Sparassensatzungen kraft staatlicher Verleihung Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit sein. Damit sind die Sparassensatzungen in Preußen aus der Gemeindeverwaltung, in der sie in hundertjähriger Entwicklung zu einem selbständigen Zweig geworden sind, herausgelöst.

Die Einflussnahme der Gemeinden ist bei der Neuorganisation übernehmend dahin geregelt worden, dass der Bestehende des Verwaltungssystems des Gewerksverbandes oder sein Vertreter von Gesetzes wegen im Sparassensatzungsrat den Vorsitz führt. Die Befugnisse dieses Vorsitzenden sind aber insofern wesentlich eingeschränkt worden, als er verpflichtet ist, die Beschlüsse des Sparassensatzungsrates auszuführen, und nur bei Verstoß gegen Gesetz oder Satzung die Ausführung verweigern kann. Im Gegensatz zum bisherigen Recht sind also Verträge gegen Gemeindefürsorge, z. B. Kreditgewährungen an Konsumgenossenschaften der Gemeindefürsorge kein Grund, um den Beschlüssen der Ausführung zu unterliegen. An Stelle des ausgeschalteten Einflusses der Gemeinden hat man einen wesentlich verminderten Einfluss der staatlichen Aufsichtsbehörde für die Neuordnung geltend (§ 15), dass die Sparassensatzungen im bisherigen Rechtszustand verpflichtet sind, die vom Minister des Innern erlassene Musterlagung anzunehmen und dass jede Abänderung der Genehmigung des Oberpräsidenten bedarf. Damit ist der Oberpräsident befugt, sein Verbot bei Vorliegen öffentlicher Missstände und bei veränderten Umständen von sich aus selbständig die Satzung der Sparassensatzungen zu ändern.

Die Durchführung der Sparassensatzungsneuordnung ist jetzt voll im Gange. So hat schon der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt die Stadtverordnetenversammlung in einer Dringlichkeitsvorlage gebeten, von der Neuordnung des Sparassensatzung zwischen Stadt und Sparassensatzungen Kenntnis zu nehmen. In einer über die Neuorganisation in Berlin herausgegebenen Mitteilung heißt es u. a.:

„Mit der Vervollständigung gehen Vermögen und Schulden völlig auf die Sparassensatzung über, die Stadt hat jedoch weiterhin als Gewährverband unbeschränkt. Im Gegensatz zur rechtlichen Lösung von der Gemeinde bleibt somit die tatsächliche Verantwortung und finanzielle Haftung aufrechterhalten. Die Organe der Sparassensatzung sind der Verwaltungsrat und das Direktorium, die bisher die Verwaltung, Aufsichtsrat und Vorstand trugen. Beide sind öffentliche Behörden. Der Aufsichtsrat besteht aus dem Stadtamtsrat als Vorsitzenden, drei weiteren Magistratsmitgliedern, 11 Stadtverordneten sowie 3 kooperierenden sachverständigen Bezirksbürgermeistern. Der neu zu bildende Verwaltungsrat besteht aus dem vom Oberbürgermeister beauftragten Stadtkämmerer als Vorsitzenden, 8 von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Bürgern sowie 6 Mitgliedern, die der Oberbürgermeister bestellt. Gemäß der Gesetzgebung werden sollen nur solche Personen, die besondere wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde besitzen; sie dürfen weder dem Magistrat noch den Bezirksämtern angehören, noch Beamte oder Angestellte einer Sparassensatzung sein, selbständig oder selbstständig nicht öffentlich-rechtlichen Unternehmen angehören, die Sparassensatzungen oder Depositionen annehmen oder gewerbsmäßig Darlehensgeschäfte betreiben.“

Hinsichtlich der Liquiditätsreserve verbleibt es auch nach der Neuordnung des preussischen Sparassensatzungsgesetzes bei der bisherigen Regelung. Danach muss die Liquiditätsreserve mindestens 10 v. H. der Spar-

einlagen und 20 v. H. der sonstigen Einlagen betragen, was von 65 v. H. bei der zuständigen Girozentrale und 35 v. H. nachweise bei der Preussischen Staatsbank oder der Girozentrale anzulegen sind. Ueber die Darlehensgewährung an Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften enthält die Verordnung vom 6. Oktober 1931, 5. Teil, Kapitel 1, Artikel 1, § 4 die Begrenzung auf 25 v. H. § 5 enthält neben der schon oben erwähnten spez. Liquiditätsvorschrift die allgemeinere Bestimmung, wonach 30 v. H. der Sparassensatzungen und 50 v. H. der sonstigen Einlagen überhaupt in flüssigen Werten anzulegen sind. Die Hypothekendarlehensanfrage darf höchstens 40 v. H. der Sparassensatzungen (§ 6), ein Satz, der wohl überall ziemlich genau und auch schon bisher eingehalten worden, steht freilich durch das Sinken der Einlagen überschritten ist. Für Personalkredite ist eine härtere Einschränkung ebenfalls bereits seit der Odberrückstellung in Kraft. Insgesamt darf einem einzelnen Kreditnehmer nicht mehr als 1 v. H. der gesamten Spar- und Giroeinlagen gewährt werden.

Prozessbeginn in Leipzig

Zurückstellung der formalen Fragen. — Darlegung des Sachverhalts.

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Notverordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vorgehen gegen die alte Preußenregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seydewitz bestritt. Daneben wünschigen die Regierungen Bayerns und Badens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich halten hat.

Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke; Mitglieder des Gerichtshofs sind: die Reichsgerichtsräte Triebel, Schmitz und Dr. Schwalbe, sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller, Dr. Gumbel und Dr. Streigler. Nicht vertreten sind die kommissarische Staatsregierung und der Reichszustizler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen. Die Reichsregierung ist durch die Ministerialdirektoren Göttsche und Dr. Hude vertreten. Als Berater sind mit ihnen erschienen die Universitätsprofessoren Dr. Jakob-Beitzig, Dr. Carl Schmitt-Berlin und Dr. Biffinger-Halle. Die ihrer Ämter entsetzten preussischen Minister werden durch die inzwischen zur Disposition gestellten Ministerialdirektoren Dr. Badt und Dr. Brecht vertreten, denen Universitätsprofessoren Dr. Giese-Frankfurt a. M. beigegeben ist. Außerdem wird der bekannte Heidelberger Professor Brückhoff, Kommentator zu der Reichsverfassung, für die frühere preussische Regierung eintreten. Vertreten sind weiter die preussischen Landtagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten sowie die Regierungen Bayerns und Badens. Zwei Stuhlreihen vor den Presseleuten sind mit namhaften Juristen besetzt.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Brecht beantragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichszustizler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zu verhandeln, gab der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Dr. Schmitz, eine Darstellung des bekannten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende:

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke,

klar, dass das Verfahren von keiner Seite verstoßen worden ist, es sei vielmehr alles getan worden, um den Prozess zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend, erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich mache dann noch besonders darauf aufmerksam, dass der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Wirksamkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann wandte sich der Vorsitzende der Einteilung des Verhandlungsstoffes zu. „Zunächst wäre zu empfehlen“, so erklärte er, „alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluss zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Es gilt jetzt, festzustellen, welche Lage am 20. Juli nach Auflösung der Beteiligten in Preußen herrschte. Welche Umstände haben vorgelegen, die dem Reichspräsidenten zum Vorgehen gegen Preußen Anlass gegeben haben? Welcher Zustand ist durch die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung in Preußen geschaffen worden? Wie sehen die Beteiligten die Stellung des Reichszustizlers als Kommissar für Preußen an? Wird der Reichszustizler in dieser Eigenschaft angesehen als reine Reichsstelle oder auch zugleich als eine preussische Stelle? Wie ist die Rechtslage

der ihrer Ämter entsetzten preussischen Staatsminister zu beurteilen?

Haben wir diese Fragen erledigt, dann können wir uns der Besprechung des

Artikels 48

zuwenden. Man muß ferner die Frage erörtern: Was heißt Pflichtverletzung eines Landes? Wie weit erfordert Artikel 48, Absatz 1 subjektives Verschulden? Wie weit steht das Vorgehen nach Artikel 48, Absatz 1 vorhergegangene Mängel voraus? Darf aus Artikel 48, Absatz 1 etwa nur eingeschritten werden, nachdem die Pflichtverletzung gerichtlich zuvor festgestellt ist? Welches sind die Befugnisse des Reichspräsidenten aus Artikel 48, Absatz 1 und die Befugnisse der auf diesem Wege ernannten Kommissare? Können sie abberufen und ernennen?

Dann kommt der Absatz 2 des Artikels 48. Hier ist zu fragen: Ist der Reichspräsident befugt, gegen ein deutsches Land aus dem Absatz 2 einzuschreiten, ohne gleichzeitig gegen andere Länder vorzugehen, in denen die gleichen Verhältnisse herrschen? Ist der Reichspräsident in seinem Einschreiten etwa gehindert dadurch, daß durch die Politik des Reiches an sich die Voraussetzungen für sein Einschreiten geschaffen worden sind? Endlich ist noch zu fragen, in welchem Umfang die Schritte des Reichspräsidenten, die auf Grund der Absätze 1 und 2 des Artikels 48 unternommen worden sind, rechtlich nachprüfbar sind, und dazu kommt die Frage, ob der Staatsgerichtshof hierbei gegenüber anderen Gerichten eine Sonderstellung einnimmt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke schloß seine Bemerkungen mit dem Hinweis, die größte Schwierigkeit des heutigen Verfahrens werde darin liegen, daß vermieden werden müsse, aus Anlaß eines bestimmten Vorganges jetzt dem Artikel 48 einen Sinn und eine Auslegung zu geben, die bei einem späteren anderen Vorkommnis unerträglich und falsch sein könnte.

Ministerialdirektor Dr. Brecht

gab sodann eine Erklärung ab, in der betont wird, daß der Sinn der Preußenklage nicht ein Angriff gegen die Person des Reichspräsidenten sei, wohl aber würde die Richtigkeit der dem Reichspräsidenten gegebenen Informationen bestritten.

Erklärungen Bayerns und Badens

Eine Erklärung des bayerischen Klagevertreters betont, daß die bayerische Klage nicht unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli gerichtet sei, sondern die absolute und relative Grenze feststellen solle, die der Reichsregierung bei Maßnahmen gegen die Länder gegeben seien. Der bayerische Vertreter gab eine Erklärung ähnlichen Inhalts ab.

Ministerialdirektor Dr. Brecht

leitete danach seine Ausführungen über den Klagestandpunkt mit einer Darlegung der politischen Verhältnisse vor dem 20. Juli ein und gab hierauf eine sehr ins einzelne gehende Darstellung der Vorgänge bei der Amtsenthebung. Er betonte dabei, daß weder Staatssekretär Meißner noch die Staatssekretäre des Reichsinnen- und Reichsjustizministeriums vorher um ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens erfragt worden seien. Dr. Brecht bestritt dann eine innere Abhängigkeit der Preußenregierung von der KPD. Die Beschwerde des Reiches über die Aenderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtages, über die Ausgabe von Waffenscheinen an die KPD und von Staatsgeldern für Parteizwecke hätten mit den Pflichten Preußens gegen das Reich nichts zu tun.

Keine Gehaltskürzung im Reich

— Berlin, 11. Oktober.

Entgegen anderslautenden Meldungen trifft es nicht zu, daß das Reich den Ländern eine allgemeine Anweisung gegeben habe, die Beamtengehälter zu kürzen. Von zuständiger Stelle wird weiter darauf hingewiesen, daß im Gegenteil von Länderregierungen aus eine derartige Anweisung an das Reich herangetragen worden sei, die aber abgelehnt worden sei.

Rentenkürzungen bleiben

Zu den Meldungen über eine angebliche beabsichtigte Wiederaufhebung der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten wird jetzt von zuständiger Stelle erklärt, eine solche Aufhebung würde eine erhebliche Mehrbelastung des Reichshaushaltes bedeuten. Richtig sei, daß der Reichsarbeitsminister den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses der deutschen nationalen Reichstagsfraktion erklärt habe, es sei nicht beabsichtigt, die Arbeitnehmer zu belasten, sondern man wolle alles zur Verminderung der Arbeitslosigkeit tun. Ferner sei richtig, daß der Reichsarbeitsminister die Erfüllung der deutschen nationalen Forderungen auf Erhöhung der Unterstützungssätze für den Winter in Aussicht gestellt habe.

Änderungen in den Wahlkreisen

Als Folge der Neugliederung der preussischen Verwaltungsbezirke.

Amlich wird mitgeteilt: Durch Verordnung des preussischen Staatsministeriums über die Neugliederung von Wahlkreisen vom 27. September hat sich die Zugehörigkeit verschiedener Gemeinden zu den Reichstagswahlkreisen verändert. Der Aufstellung der Wahlkreise in der „Wahlkreiseinteilung“ der Anlage zum Reichswahlgesetz ist, sofern sich im einzelnen aus ihr nichts anderes ergibt, die Bedeutung beizumessen, daß diese Bezirke in ihrem jeweiligen Bestande den Wahlkreis bilden.

Infolge Zuteilung zu einem anderen Regierungsbezirk wählen in einem neuen Regierungsbezirk und damit in einem neuen Wahlkreis folgende Gemeinden:

Stadt Randen und Landgemeinden Gaffron, Duesen, Brackwille, Lohndorf, Miltz, Ober-Dammer, Alt-Rauden und Jechel (bisher Kreis Steinau, Reg.-Bez. Breslau) und Wahlkreis Nr. 7 — Breslau —) nunmehr Kreis Lüben, Reg.-Bez. Pommern und Wahlkreis 8 (Pommern); Landgemeinden Hohenort (bisher Kreis Steinau, Reg.-Bez. Breslau) und Wahlkreis Nr. 7 — Breslau —), nunmehr Kreis Glogau, Reg.-Bez. Pommern und Wahlkreis Nr. 8 (Pommern); Landgemeinden Hellingen und Hellingen (bisher Kreis Gardelegen, Reg.-Bez. Magdeburg) und Wahlkreis Nr. 10 — Magdeburg —), nunmehr Kreis Gifhorn, Reg.-Bez. Lüneburg und Wahlkreis Nr. 15 (Osthannover);

Landgemeinden Anderten (bisher Kreis Burdorf, Reg.-Bez. Lüneburg) und Wahlkreis Nr. 15 — Osthannover —) nunmehr Kreis und Reg.-Bez. Hannover, Wahlkreis Nr. 16 (Südhanover-Braunschweig);

Landgemeinde Diste (bisher Kreis Hoya, Reg.-Bez. Hannover, Wahlkreis Nr. 16 — Südhanover-Braunschweig —) nunmehr Kreis Verden, Reg.-Bez. Stade und Wahlkreis Nr. 15 (Osthannover); Stadt Eisingerode-Harz und Landgemeinden Glend, Königshof, Rothbühl und Gutsbezirk Harz, Anteil Kreis Alfeld, Forst (bisher Kreis Alfeld, Reg.-Bez. Hildesheim) und Wahlkreis Nr. 16 — Südhanover-Braunschweig —), nunmehr Kreis Wernigerode, Reg.-Bez. Magdeburg und Wahlkreis Nr. 10 (Magdeburg); die übrigen Stadt- und Landgemeinden des bisherigen Kreises Alfeld, die nicht in den neugebildeten Kreis Wernigerode eingegliedert worden sind (bisher Reg.-Bez. Hildesheim und Wahlkreis Nr. 16 — Südhanover-Braunschweig —) nunmehr Kreis Grafschaft Hohenstein, Reg.-Bez. Erfurt und Wahlkreis Nr. 12 (Thüringen).

Paris macht Schwierigkeiten

Die Vorbereitungen für die Fünf-Mächte-Konferenz sind auf neue Schwierigkeiten gestoßen. Unter Bezugnahme auf die englischen Mitteilungen über die Zustimmung Deutschlands und Frankreichs zu dem Konferenzplan wird jetzt von französischer Seite zur allgemeinen Ueberzeugung erklärt, es treffe nicht zu, daß die französische Regierung England geantwortet habe, sie stehe einer Beratung über die Gleichberechtigungsforderung günstig gegenüber.

200 000 Arbeitsdienstwillige

Befähigungsreihe des Reichsarbeitsministers Schäffer und des Reichskommissars Dr. Sprup.

Halle, 10. Oktober.

Reichsarbeitsminister Schäffer besichtigte in Begleitung des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Präsidenten Sprup, die lokalen Einrichtungen und Maßnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes des Stahlhelm in und bei Halle. Der Reichsarbeitsminister äußerte sich dabei dahin, die Reichsregierung ließe sich darüber, daß der Freiwillige Arbeitsdienst, Notstandsarbeiten und Kreditmaßnahmen nur Palliativmittel seien.

Präsident Sprup bezeichnete den Freiwilligen Arbeitsdienst als erfolgreich. Vor einem Jahre habe es 300 Arbeitsdienstwillige in Deutschland gegeben, im Juli 40 000 und heute sei die Zahl 200 000 übergriffen. Dies dürfte die Jahresdurchschnittszahl für den Freiwilligen Arbeitsdienst bleiben.

Die finanziellen Aufwendungen dafür betragen nach den Mitteilungen Dr. Sprups 2120 Millionen Mark, so daß also für einen Arbeitsdienstwilligen jährlich rund 1000 Mk. aufzuwenden sind.

der Sprecher Martgraf

EIN FUNK-UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

UNTERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(58. Fortsetzung.)

Damit verließ er das Zimmer.

„Ingrid!“

Keine Antwort.

„Ingrid... hast du gehört, was sich dein Vater ereignet hat? Sprich doch! Was sagst du dazu?“

„Mutter, laß mich jetzt!“ bat das junge Weib. „Ich muß erst mit mir ins Reine kommen. Laß mich Zeit.“

„Unter keinen Umständen darfst du.“

„Ingrid unterbrach sie. „Mutter, sprich jetzt nicht! Mir tut jedes Wort so weh.“

„Bati,“ fragte der kleine Wolf, „find wir bald in Berlin?“

„Noch ein halbes Stündchen, dann steigen wir aus.“

„Bati, wo wohnen wir denn in Berlin?“

„Oh, ganz fein wird der kleine Wolf und die Urkel schlafen.“

Da ist ein guter Onkel, der Doktor Seeliger!“

„Ein Doktor?“ fragte Wolf ängstlich. „Ich bin aber gar nicht krank, Bati!“

„Das ist auch gar kein Doktor, der Medizin verschreibt. Das ist ein guter, lustiger alter Mann, der sich freut, wenn ihr recht lieb mit ihm seid. Und der Onkel hat eine Tochter, die heißt Ate. Die Tante Ate.“

„Ate!“ lachte Urkel. „Bati, das ist aber ein toller Name.“

„Aber die Tante ist gut!“

Plötzlich fuhr er zusammen.

Schreie Pfiffe ertönten, laut, grell, angstvoll.

Dann... instinktiv riß er die Kinder an sich.

Ein ohrenbetäubendes Krachen, ein Bersten und Splittern!

Die Kinder schrien jammervoll auf.

Der Wagen schwankte, dann... wurde Nacht um sie.

Rainer hatte noch das Gefühl, als wälze sich ein riesenhafter Berg über sie und wolle sie erdrücken. Dann verließ ihn die Bewußtsein.

Gronau funkt SOS

Motordefekt zwingt zum Niedergehen auf hoher See.

Berlin, 10. Oktober.

Der deutsche Wellfeger von Gronau hat erstmals auf einem großen Fluge um die Welt eine Notlandung vornehmen müssen. Auf dem Fluge von Port Swettenham (Malakka) nach Mergui, einer Inselgruppe an der Westküste Hinterindiens, trat ein Defekt an der Kühlwasserpumpe eines der Motoren ein, so daß von Gronau gezwungen wurde, mit seinem Dornier Wal auf das Meer niederzugehen. Die Reparatur ist zeitraubend und läßt sich auf See kaum durchführen. Deshalb werden die Flieger versuchen, mit einem Motor tollend Mergui zu erreichen.

Bei der Tropenhitze könnte das unter Umständen auch dem zweiten Motor gefährden. Aus diesem Anlaß hat Gronau funktentelegraphisch Schiffe Hilfe herbeigerufen, um das Flugzeugboot bis Mergui schleppen zu lassen. Der Dampfer „La Ragala“, mit dem Gronau in Funkverbindung steht, hat seinen Kurs geändert, um dem Dornier Wal die erwünschte Hilfeleistung zu bringen. Nähere Meldungen fehlen noch. Ob es nach Lage der Dinge möglich sein wird, den Flug programmäßig weiter durchzuführen, läßt sich noch nicht entscheiden. Voraussichtlich dürfte mit einer mehrtägigen Unterbrechung des Fluges zu rechnen sein.

Grubenunglück in England

Förderkorb stürzt in die Tiefe. — 19 Tote.

London, 10. Oktober.

Auf der Plant Cane-Grube bei Leigh in Lancashire ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe. 19 Bergleute wurden getötet.

Drei Bergleute verschüttet.

Auf der 300-Meter-Sohle der Myslowitzer Grube ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Unfall. Drei Bergleute wurden durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Obwohl die Bergung sehr schnell vor sich ging, konnte ein Bergarbeiter nur noch als Leiche geborgen werden. Zwei weitere Bergleute wurden schwer verletzt.

Tödlicher Unfall im Schacht.

Auf dem Morgenstern-Schacht III in Witkau verunglückte bei Ausbesserungsarbeiten der 43jährige Zimmermann Kurt Fröhlich aus Drimmsdorf. Mit Kiesel-, Beton- und Reibrücken sowie inneren Verletzungen wurde der Unglückliche, Vater von zwei Kindern, ins Krankenhaus gebracht, wo er verschied.

Familiendrama

Ein Bürgermeister erschlägt seine Familie und begeht Selbstmord.

Auerbach (Bogland), 11. Oktober.

Ein furchtbares Familiendrama spielte sich in der Gemeinde Schnarltanne ab. Der Bürgermeister Willi Hofmann erschlug in der Nacht zum Sonnabend seine Frau sowie seinen elf Jahre alten Sohn und seine neunjährige Tochter mit einem Beil. Als er Sonnabendmorgen ins Büro kam, gab er an, er müsse zur Amtshauptmannschaft nach Auerbach. Er ging in den nächsten Wald und erhängte sich. Als Hofmann nicht zurückkehrte, begab sich der Verwaltungsherr in die Wohnung und fand die Angehörigen Hofmanns tot auf. Am Sonntagmorgen wurde Hofmann dann gefunden. Der Grund zur Tat ist noch nicht bekannt.

Von der Deichsel aufgespießt

Drei Lübeder Motorradfahrer tödlich verunglückt.

Lübeck, 11. Oktober.

Zwei junge Kaufleute aus Lübeck, die am Sonntag eine Motorradfahrt unternommen hatten, befanden sich abends mit ihrem Rade auf dem Heimweg. Als sie zwischen Daffow und Selmsdorf in voller Fahrt mehrere vor ihnen fahrende

Motorwagen überholten, wurde der vordere Motor des ersten nicht geklärt Ursache für einen Augenblick die Gasse über das Rad, das mit voller Wucht gegen einen Lastwagen aus dem Baum prallte. Fahrer und Begleiter wurden auf der Stelle getötet.

Am Sonnabend wollte ein Lübeder Motorradfahrer einem ihm entgegenkommenden Pferdewagen ausweichen. Das Ausweichmanöver wurde zu spät ausgeführt, und der auf dem Beiflag stehende Begleiter wurde von der Deichsel des Fuhrwerks buchstäblich aufgespießt. Er wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt, wo er jedoch bereits kurz nach seiner Einlieferung gestorben ist.

Schwere politische Schlager

Bad Neuenahr, 10. Oktober. Im anliegenden Ort Cothardorf ereignete sich eine schwere politische Schlager zwischen Angehörigen der NSDAP und Bewohnern der Ortschaft, in deren Verlauf ein 20jähriger Mann aus Cothardorf getötet, ein anderer schwer und zwei weitere leicht verwundet wurden. Bei den Verletzten handelt es sich um Einwohner des Ortes. Die Ermittlungen, die noch im Gange sind, haben bisher zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Die Zeugenommenen wurden vorläufig inhaftiert.

Deutschlands Zusage

Als Ausgangspunkt für die weiteren Verhandlungen ist die Schlusserklärung der Lausanne Konferenz gegeben.

Berlin, 10. Oktober.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote auf die englische Einladung, an einer Konferenz zur Beilegung der Abrüstungsfrage teilzunehmen, ist in London telephonisch nicht veröffentlicht. Wie verlautet, erklärt die deutsche Regierung jedoch in der Note ihre Bereitwilligkeit, mit den eingeladenen Mächten in einem offenen Meinungsaustausch über eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage einverstanden zu sein. Die Schlusserklärung von Lausanne angelehnt, in der festgestellt wurde, daß auch andere aktuelle Fragen, in der Weltfriedensfrage, gemeint war damit das Abrüstungsproblem, in der Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich und die Förderung des Friedens und des Vertrauens zwischen den Nationen im Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gleichberechtigung geregelt werden können. Dagegen wird festgestellt, daß als Grundlage der Aussprache die englische und französische Note auf den deutschen Schritt schiedlich angesehen werden.

Die deutsche Note vermeidet es jedoch, einen bestimmten Ton anzuschlagen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Gründe zu beilegen, die zu dem Zerbrechen Deutschlands von der Abrüstungskonferenz geführt haben. Bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz wird erklärt, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Zeitpunkt infolge der Tagung der Bundesversammlung des Reiches in Genuß nicht geeignet erweise. Statt dessen wird vorgeschlagen, einen späteren Termin zu wählen. Wie man weiter hört, hat die Reichsregierung ihren Vorbehalt hinsichtlich der Dislokationsgrundlage nicht in der Form einer Bedingung geteilt, vielmehr dürfte es sich hier mehr um eine Warnung handeln, die Verhandlungen auf einer Grundlage zu führen, die jeden Erfolg ausschließt.

Rosenberg bei Henderson

Genf, 11. Oktober.

Der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Gesandter von Rosenberg, stattete dem Präsidenten Henderson einen Besuch ab. Dieser Besuch ist auf besonderen Wunsch Hendersons erfolgt. Henderson hat, wie verlautet, sich bei Rosenberg über die weiteren Pläne des deutschen Außenministers unterrichten wollen und die Frage gestellt, ob Freiherr von Neurath die Abfertigung in der nächsten Woche nach Genf zu kommen.

Der Besuch des deutschen Vertreters bei Henderson wird überall lebhaft besprochen, da nach der offiziellen Zurückweisung Deutschlands von der Abrüstungskonferenz dies der erste von Henderson ausgehende Versuch einer Verständigung mit dem Vertreter Deutschlands ist. Ueber den Verlauf der Verhandlungen werden keine Mitteilungen gemacht, jedoch kann angenommen werden, daß Henderson mit dem Gesandten von Rosenberg die gesamte gegenwärtige Lage und insbesondere seine letzten Besprechungen in Paris und London erörtert hat.

„Und dann... ja, es ist gut! Es ist gut...“ Ratsch. Dann wandte er sich an das saftigste seiner Mädel. „Rube, nur Rube, Fräulein Börnel! Wir wollen hoffen, daß sie unverletzt sind!“ Sie sah ihn dankbar für seine Worte an. Nach zwei Minuten schon rollte das Auto fort, der Unglücksfall zu.

Die Unglücksstelle war von unzähligen Menschen umstellt. Reichswehr, die zufällig in der Nähe war, hatte das Trümmersfeld abgeperrt.

Die Unglücksstätte bot ein furchtbares Bild der Verwüstung.

Die beiden Lokomotiven hatten sich übereinandergerammt und die nächsten Wagen wie Streichhölzer zerknüllt.

Dämmerung hatte sich niedergelassen.

Beim gelpestigsten Schein vieler Fackeln barg man die Verletzten und Toten.

Ein Schaffner des D-Zuges hatte einen Weintrampf erlitten. Er lief wie ein Irrer hin und her. Vergebens ludte man ihn zu beruhigen. Er schrie und weinte in einem fort.

Die amtliche Kommission der Reichsbahn Berlin war im Entzug, dem ein Hilfszug vorausgefahren war, erlitten.

Baurat Schmolzer leitete die Aufräumarbeiten, die ungewöhnlich schwierig waren.

„Wer Tote!“ sagte ihm einer seiner Kollegen erleichtert. „Sechs Schwerverletzte und vierzig Leichtverletzte.“

„Was aber noch unter den Trümmern liegt,“ entgegnete der Baurat bitter, „das... dürfen nur Tote sein.“

Furchtbar! Das erste, was ich in meiner Praxis erlebte... das Schlimmste, lo scheint es mir. Ist der Schaffner immer noch nicht zu beruhigen, daß er Auskunft geben kann, ob die vorderen Wagen sehr beengt waren?“

Der arme Teufel ist seines Seins beraubt! Ein Nervenschlag... ist ja verständlich!“

Die Reichswehrsoldaten hatten Mühe, die Massen, die immer zahlreicher wurden, zurückzuhalten.

Plötzlich kam laut hupend ein Auto, aus dem drei Personen sprangen.

Der Reichswehrleutnant wollte sie nicht durch den Korridor durchlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Spangenberg, den 11. Oktober 1932.

Gesunde Stubenluft

Stubenluft ist ungesund. Das ist eine altbekannte Tatsache. Allen Berufs und Klima zwingen uns vielfach, einen Teil des Tages und der Nacht in geschlossenen Räumen zu verbringen. Deshalb ist es notwendig, die Stubenluft gesund wie möglich zu gestalten.

Die Gefahr, besonders in der kalten Jahreszeit, zunächst die Verschlechterung durch die Heizung. Was den Wärmeaspekt anbelangt, in dem man sich wohlfühlen soll, ist ganz allgemein zu fordern, daß in einem Kinderzimmer eine Temperatur von 17—20 Grad Celsius, in einem Wohnraum von 17—18 Grad herrschen soll. In Arbeitsräumen dürfte die nach der Art des Beschäftigung 18—20 Grad Celsius überliegen und 15 Grad nicht untersteigen.

Nach der Heizungsart erfährt die Luft des Zimmers eine Verschlechterung hinsichtlich ihres Feuchtigkeitsgehaltes. Am meisten macht sich dies bei der Zentralheizung geltend. Hier kann die Trockenheit der Luft häufig zu Kopfschmerzen, Rachentatarrhen und ähnlichen gesundheitlichen Störungen führen. Um dieser Luft die nötige Feuchtigkeit zu verleihen, wird man gut tun, entgegen aus den Heizkörpern Schalen oder sogenannte Verdampfer aus Ton, die mit Wasser gefüllt sind, aufzustellen. Auch kann man durch Verdünnen von Wasser, etwa mit einem Verläuber oder mit einem Zerstäuber, aus dem man den Dampf in die Zimmerluft ausströmen läßt, die erwünschte Luftfeuchtigkeit herstellen.

Sonstige bei der Einzel- als auch bei der Zentralheizung muß besonderes Gewicht auf genügende Lüftung der geteilten Räume gelegt werden. Falls ist die Ansicht vieler Hausfrauen, die da glauben, sie „heizen für die Straße“, wenn sie morgens und abends für 8 bis 10 Minuten frische Luft ins Zimmer hineinlassen. Kalte, frische Luft vermehrt sich nämlich viel schneller als warme, verbrauchte. So ist die warme Luft an der Decke des Zimmers sammelt, und man am besten die Oberseite des Fensters zum Lüften öffnen.

Das Schlafen bei offenem Fenster ist, wenn es die Witterung irgend gestattet, für alle Erwachsenen, gefunden Menschen von besonderem, gesundheitlichem Wert. Alte oder kranke Leute sowie Kinder müßten nur des Nachts einen Fensterflap offenlassen, wenn ihnen der Arzt dies ausdrücklich gestattet.

Durch vernünftiges Heizen, genügendes Lüften und die Herstellung einer zweckmäßigen Luftfeuchtigkeit können so allerlei gesundheitliche Schäden der Stubenluft leicht werden und die an sich ungesunde Stubenluft soweit als möglich gesund gestaltet werden.

Die Reichspost soll helfen. Die große langanhaltende Arbeitslosigkeit unter den Angestellten veranlaßt den Gewerkschaftsbund der Angestellten zu einer Eingabe an das Reichspostministerium. Es wird darin die Bitte ausgedrückt, die Oberpostdirektionen anzuweisen, bei der Belegung von Stellen oder neuer Stellungsstellen Agenturen und Hilfsstellen in erster Linie aus Bewerbungen vertrauenswürdiger Angestellter zu berücksichtigen und zu prüfen, ob und inwieweit mit Doppelverordnungen besetzte Stellen freigegeben werden können, um ebenfalls mit erwerbslosen Angestellten besetzt zu werden.

Druckkostenbestimmungen für den Inlandsverkehr. Dem Reichspostministerium ist das seit „Druckkostenbestimmungen für den Inlandsverkehr“ neu herausgegeben worden, das an Hand von Beispielen in klarer, übersichtlicher Form über alle Fragen des Druckkostenverkehrs, insbesondere auch über zulässige handschriftliche Zusätze zu den Druckkosten Auskunft gibt. In das Heft sind außerdem die Bestimmungen für Postwurfsendungen aufgenommen worden. Es ist zum Preise von 10 Pfennig erhältlich.

Fahrtpreiseremissionen für Besucher der Weltausstellung in Chicago. Die Hamburg-Amerika Linie gibt bekannt, daß die nordamerikanischen Eisenbahnen beschlossen haben, Besuchern der Weltausstellung (1. Juni bis 1. November 1933) einen ermäßigten Rundreisefahrpreis für die Strecke New York—Chicago und zurück von 49,05 Dollar einzuräumen, wenn für Hin- und Rückweg die gleiche Strecke benutzt wird, und von 52,35 Dollar, wenn die Rückfahrt auf einer anderen Route erfolgt. Das bedeutet gegenüber den regulären Fahrpreisen eine Ermäßigung von 25 Prozent.

Mit der Reichsbahn ins Blaue. Die Reichsbahnleitung Rassel veranstaltete mit großem Erfolg am vergangenen Sonntag eine Wochenendausfahrt mit unbekanntem Ziel. 700 Kasseler haben an dieser Fahrt teilgenommen. Unser Stadtkönig war das Reiseziel. Kaiserliche und lustige Marschweisen begrüßten den Sonderzug. Unsere Gäste setzten sich hinter der Kapelle in Marsch und es ging hinaus zum Marktplatz. Herr Bürgermeister Stein begrüßte die zahlreichen Gäste aus der Heimat. Sein Hoch galt der heissen Heimat und dem deutschen Vaterland. Sodann führten Spangenberg Bürger die Gäste durch Spangenberg zum Schloß. Auch ein Spaziergang in die nähere Umgebung (Adam Sieberts Hof — Proßberg) wurde vor dem Mittagessen noch mitgenommen. Unsere Gäste hatten sich gut vorbereitet, die Gäste gut und billig zu bewirten. Von 1—2 Uhr begaben sie sich auf den Marktplatz die Kapelle. Der Nachmittag war dem Tanz gewidmet. Unsere Hofschüler, Spangenberg Jüngern, alles machte eifrig mit, und es gab ein buntes, frohes Treiben. Kurz vor Abfahrt des Zuges erkrankte unser Schloß im roten Licht. Diese Veranlassung war ganz prachtvoll anzusehen. Rasteten wir in die Nacht und beugten sich, wie zum Abschied über unseren Gästen, von denen wir annehmen, daß sie in unserem altertümlichen Landsbildchen gefallen. — Wie wir noch hörten, haben von den 700 Fahrgästen nur 16 richtig geraten.

Gesellenprüfung. Vor der zuständigen Prüfungscommission im Schneider- und Schneiderinnen-Gewerbe gehen die Lehrlinge Ludwig Kähler und Christian Kähler die Gesellenprüfung mit gutem Erfolg ab. Gleich-

zeitig bestand Fräulein Genia Wiegand die Schneiderinnen-Prüfung mit Erfolg. Wir gratulieren.

Schulbeginn. Nun neigen sich die Herbstferien auch schon ihrem Ende zu. Am kommenden Donnerstag beginnt der Unterricht an allen Klassen. Es wird den Schülern empfohlen, sich tüchtig auf den Schulschritt zu setzen, damit die Ferien zu einem noch besser werden.

Adolf Hitler in Kassel. Wie man aus dem Bericht Adolf Hitler Ende Oktober zum Reichstagswahlkampf in Kassel sprechen. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Do X auf dem Edersee. Schon Anfang des Jahres schwebten Verhandlungen, das Flugzeug Do X auch einmal nach Hessen zu bekommen. Da der Edersee als einzige Landeshochfläche jedoch nicht genug Wasser hatte, mußte von dem Besuch abgesehen werden. Auch jetzt im Herbst war es nicht gelungen, das Kesseler Gebiet in das Reiseprogramm des Flugzeuges einzufassen. Dafür ist ein Besuch im Frühjahr nach der Generalüberholung vorgesehen, und zwar wird die Wasserung des Do X auf dem Edersee mit einem großen Flugtag verbunden sein. Das Programm wurde schon mit Fliegern und der Kesseler Flugpolizei besprochen. Die Maschinen werden in Waldbau harrten, aber dem Edersee ihre Kunststücke zeigen und dann wieder zurückfliegen, ohne zu landen. Der Verkehrsverband wird den Besuch des Flugtags durch Sonbergrün und Omnibusse erleichtern, so daß das große Ereignis sicher eine Wallfahrt nach dem Edersee bewirken wird.

Baumeisterprüfungen. Der von dem Herrn Regierungspräsidenten erteilte Prüfungsausschluß zur Abhaltung der Baumeisterprüfungen hat nunmehr seine Tätigkeit aufgenommen. Er wird zunächst die Anträge von selbständigen Bauhandwerkern und mittleren Baubeamten an den Herrn Regierungspräsidenten auf Erteilung der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung Baumeister prüfen, soweit sie der Nachprüfung durch den Prüfungsausschluß unterliegen. Nach Erledigung dieser Arbeiten wird er die Prüfung der zur Ablegung der Baumeisterprüfung angemeldeten Prüflinge im Hoch- und Tiefbau vornehmen. Vorsitzender des Prüfungsausschusses ist Herr Regierungs- und Baurat Dr. Ing. Vuddeberg im Hochbaumarkt in Kassel, Frankfurterstraße Nr. 29.

Aus Stadt und Land

In 5½ Stunden Rom—Berlin. Das dreimotorige Junkers-Flugzeug „D 2202“, das erst kürzlich den Flug München—Rom in 3½ Stunden zurücklegte, hat einen neuen Rekord aufgestellt. Es ist in der Zeit von nur 5½ Stunden von Rom nach Berlin geflogen. Ein Schnellzug benötigt zu der gleichen Strecke etwa eineinhalb Tage.

Achte Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Sonntagabend in Friedrichshafen unter Führung des Kapitäns Lehmann zu seiner 8. Südamerikafahrt aufgestiegen. An der Fahrt nehmen zwölf Passagiere teil, darunter der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dörpmüller.

Der Raubmord an dem Autobesitzer bei Grünberg. Die Ermittlungen zu dem Raubmord an dem Kraftwagenbesitzer Saranowski aus Neuland ergaben, daß Saranowski mit zwei Fahrgästen von Bahnhof Neuland aus eine Lohnfahrt gemacht hat. Es wird vermutet, daß diese beiden Männer ihn von hinten mit einer Pistole erschossen haben. Ob etwas geraubt worden ist, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 1000 RM ausgesetzt worden.

Ein verurteilter Breslauer Arzt verhaftet. Der Breslauer Arzt Dr. Wiesner, der in dem bekannten DRK-Strafprozeß vor einiger Zeit von der Großen Breslauer Strafkammer mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden war, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen worden, da er unter Benutzung eines gefälschten Passes nach Brasilien auswandern wollte. Das brasilianische Bismar, das auf einen anderen Namen ausgestellt war, war bereits erteilt. Wiesner ist verurteilt worden, weil er als Vertrauensarzt für Kriegsbefähigte mit Unterstützung eines anderen die DDR- und das Hauptverwaltungsamt um große Summen geschädigt hatte. Gegen Zahlung einer Kaution wurde er auf freiem Fuß belassen. Bevor die Revision beim Reichsgericht durchgeführt wurde, wollte er sich nun der Strafe durch Flucht ins Ausland entziehen.

Zwei Fallschirmjägerwerkstätten ausgehoben. In Stuttgart wurden der Schriftsteller Kurt Rothmann und die Musik- und Sprachlehrerin Ida Ruy bei der Verbreitung von falschen Fünfschillingmünzen festgenommen. Die Fallschirmjägerwerkstätte wurde in der Wohnung des Rothmann ausgehoben, wobei halbfertige und fertige Fallschirme in großer Anzahl beschlagnahmt werden konnten. Ferner wurde der Arbeitslose Franz Blesing in Feuerbach bei der Verbreitung von falschen Fünfschillingmünzen festgenommen. Die Fallschirmjägerwerkstätte konnte in seiner Wohnung ausgehoben werden.

Kirchenruhmsturz in Aischaffenburg. In der vergangenen Woche stürzte am Neubau der evangelischen Pauluskirche in Aischaffenburg der Turm ein, der bereits bis zu einer Höhe von 20 Metern aufgebaut worden war. Dabei wurde auch das Kirchenstift stark beschädigt, doch kamen Personen nicht zu Schaden, da sich das Unglück nachmittags ereignete. Bei den Aufräumarbeiten wurde eine Sprengpatrone und Teile einer Zündschnur gefunden, so daß die Vermutung eines Sabotageaktes einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit erhält.

Die blutigen Zwischenfälle bei Bad Neuenahr. Wie auf Anfrage bei der Polizeiverwaltung in Bad Neuenahr zu dem schweren politischen Zusammenstoß zwischen einer Gruppe Nationalsozialisten und politischen Gegnern in Lotharhof an der Ahr mitgeteilt wird, wurde ein Dorfbewohner im Alter von 20 Jahren bei der Schlägerei getötet, ein weiterer schwer und zwei leicht verletzt. Die Ermittlungen haben bisher ein einwandfreies klares Ergebnis nicht bringen können. Die Täter stehen noch nicht fest.

Razzia gegen Schmuggler. Die Zollbahngrenzstelle Köln nahm mit Unterstützung der Schutzpolizei eine große Razzia im sogenannten Griechenmarktviertel gegen Schmuggler vor. Zehn Personen wurden festgenommen. Ein Kraftwagen, der zum Schmuggeln benutzt wurde und dessen Führer gepanzert war, wurde beschlagnahmt.

Kraftwagen gegen Straßenbahn. Ein mit zwei Damen und drei Herren besetzter Kraftwagen aus Köln, der von

Waldhof kam, fuhr in voller Fahrt gegen einen kleineren Kraftwagen. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmert und die Wagen aus dem Gleis geschleudert. Sämtliche Insassen des Kraftwagens trugen zum Teil schwere Verletzungen davon.

Noch ein fünftes Opfer des Mordmörders von Leipzig. Die Unterbrechung der Leichenteile der am 3. Oktober d. J. ermordeten zweiten Ehefrau des vierfachen Mordmörders von Leipzig, Eduard Geis, durch das Institut für gerichtliche Medizin in Berlin hat das Vorhandensein von Arsen ergeben. Es besteht somit der dringende Verdacht, daß der Täter auch seine zweite Ehefrau, die am 27. Januar 1931 im Krankenhaus zu Cottbus verstorben war, und mit der er angeblich in sehr glücklicher Ehe gelebt hatte, gleichfalls vergiftet hat. Die von der Breslauer Kommission in dieser Richtung bereits aufgenommenen Ermittlungen haben schon jetzt eine sehr starke Belastung des Geistes ergeben. Es wurde festgestellt, daß er seine zweite Ehefrau nicht weniger als dreimal vergiftet hatte.

Sport-Ecke.

Handball.

Altmorschen 1 — Spangenberg 1:24 (1:3).

Eine angenehme Ueberraschung. Die Vorhosen lauerten anders, doch es kam wieder einmal anders, als man gedacht hatte. Das schöne durchschlagsträchtige Stürmerpiel der Spangenbergler aus früheren Zeiten, das heute in manchen Spielplätzen wieder zum Durchbruch kam, brachte den unerwarteten Erfolg. Altmorschen war ein gleichwertiger Gegner, doch hätte der Sieg der Spangenbergler leicht etwas höher ausfallen können, wenn nicht großes Schußpech weitere Treffer verhindert hätte. Nachstehend kurz der Spielverlauf:

Man ist gleich zu Anfang überrascht, wie schnell sich Spangenberg's Sturm trotz der langen Spielpause findet. Schon in den ersten Minuten schießt Lenigst scharf daneben, ein schöner Schuß von Schanze wird gehalten. Ein Strafwurf, von Lenigst scharf in die linke Ecke gesetzt, bringt Spangenberg in Führung. Auf der anderen Seite verschießt Morschen kurz darauf einen Strafwurf. Dann landet Lenigst's Ball wieder knapp neben dem Kasten. Schmidt hält einen scharfen Schuß von Breßm ganz famos. Im Gegenangriff bucht Schanze unter dem Jubel der Spangenbergler Schlachtenbummler mit kräftigem Schmetterball Nr. 2. Morschen ist etwas überrascht, daß aber kurz darauf durch seinen Halbkolben den ersten Gegentreffer erzielen. Ein schöner Angriff von Spangenberg bringt nicht ein, da Geisler zu ungünstig zuspielt. Der alte Rämpfe Stöder erweist sich wiederholt als Turm in der Schlacht. Morschen kann nicht verhindern, daß Schanze durch langen Wurf den 3. Treffer für Spangenberg erzielt. Morschen stellt um, ohne aber den Spangenbergler Vorwärtsschritt hemmen zu können. Freitag, heute technisch vorzüglich, hat mit seinen Würfeln großes Pech. Lenigst schießt wieder scharf links daneben. Schenewald bewacht den gefährlichen Morscher Mittelfürmer mit großer Aufmerksamkeit. Kurz nach Halbzeit verschießt Schanze aus aussichtsreicher Stellung. Morschen kann durch einen Strafwurf auf 3:2 herankommen, aber dann ist es Freitag, der endlich einmal Glück mit seinen Würfeln hat, der durch einen wichtigen, unhaltbaren Schuß in die linke Tordock die alte Differenz wieder herstellt. Schmidt hält dann noch einen scharfen Ball von Breßm, und dann ist Schluss.

Das angesetzte Serienpiel für die 2. Mannschaften von Altmorschen und Spangenberg konnte nicht stattfinden, da der Schiedsrichter nicht erschienen war. Man einigte sich auf ein Freundschaftsspiel, das mit 1:1 endete.

Fußballmeisterschaft 1934 in Italien

Olympisches Fußballturnier 1936 noch ungewiß.

Das Exekutivkomitee der Fifa, des Fußball-Weltverbandes, tagte in Zürich. Italien erklärte sich bereit, die Weltmeisterschaft 1934 im Fußball zur Durchführung zu bringen. Hatt wurde in die Fifa aufgenommen, es ist das 42. Land, das im Internationalen Fußballverband vertreten ist. Ueber die Frage, ob 1936 in Berlin ein olympisches Fußballturnier veranstaltet wird, wurde offiziell nicht verhandelt.

Letzte Spielergebnisse.

In Mitteldeutschland wurde die erste Runde um den Fußballpokal des Verbandes ausgetragen. Einige Ergebnisse: SC. 10-Halberstadt—Preußen-Magdeburg 0:3; SC. Partia—SV. 99-Leipzig 2:3; VfB. Apolda—VfB. Obermerfeld 1:2; SC. Georgenthal—VfB. Lengsfeld 6:1; Polizei-Weichenfeld—SV. Leipzig 3:2; SC. Großschönau—Rosenport-Breslau 2:5. Das Städtefest Dresden—Leipzig, das an Stelle des Treffens Dresden—Magdeburg ausgetragen wurde, sah Leipzig vor 12.000 Zuschauern mit 3:1 erfolgreich. Der Chemnitzer SC. fertigte den VfB-Leipzig mit 7:3 ab.

Südostdeutsches Meisterschaftsspiel hatten mit geringen Ausnahmen erwartete Ergebnisse. Einige Resultate: Vorwärts-Breslau—Partia 2:4; Rasthof 0:3—Deichlingen 3:1; Deutschland-Förth—Brandenburg-Rottbus 1:5; SC. Bunzlau—SC. Weis-Förth 0:3.

Im norddeutschen Fußball war der Meisterschaftsbetrieb recht schwach. Nur in Lübeck-Mecklenburg gab es einige bemerkenswerte Resultate. Schwerin 0:3 und Polizei-Lübeck spielten im Kampf um die Spitze 2:2. Hönitz-Lübeck schlug Germania-Dinamar im Kampf um den dritten Platz 5:1. Interessanter waren die Gesellschaftsspiele. In Hamburg endete ein Auswahlspiel mit dem 6:4-Siege der Hamburger Mannschaft über eine Verbandskombination. Bremens Tabellenführer Werder verlor gegen Bremer SC. 2:6.

Die weltbekannten Fußball-Meisterschaftsspiele haben überwiegend die Favoriten siegreich. Einige Ergebnisse: Fortuna-Düsseldorf—SC. Vg. Darnen 6:1; Schalke 04—Hort-Enten 4:0; Hamburger 07—Kaiserslautern 2:0; SC. Viktoria-Union-Berlin 3:0; Bonner SC. Viktoria-Wormen 3:1; Köln-Silz 07—Köln SC. 3:2; Rheider SC.—Allemannia-Nachden 0:1; Kurbelien-Kassel—Vorfürst-Fulda 0:2. Südostdeutsches Fußball-Meisterschaftsspiel hat in einigen Bezirken schon eine gewisse Klärung erfahren. Die SC. Fürth büßte gegen Germania-Nürnberg (2:2) einen weiteren Punkt ein, während der 1. FC-Nürnberg den FC-Bayreuth mit 3:0 klar schlug. In Würtemberg kamen die Stuttgarter Kickers vom 4. auf den 1. Platz. Einige Ergebnisse: Germania-Nürnberg—SC. Fürth 2:2; Bayern-München—SC. 0:1; Germania-Brüchlingen—Stuttgarter Kickers 0:3; Hönitz-Karlruhe—SC. 0:1; VfB. Niederraden—SC. Walldorf 0:2; FC. Saarbrücken—VfB. Neunkirchen 1:1; Sportf. Frankfurt—SC. 1:4; Borussia-Mörmars—Viktoria-Überach 8:0.

